



Redebeitrag von Willkommen in Oberhausen e.V. bei der Protestkundgebung am 16.11.2020 anlässlich der konstituierenden Sitzung des Stadtrates Oberhausen in der Luise-Albertz-Halle.

Gehalten von Christa Dickmann.

Liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst gebührt euch ein ganz, ganz großer Applaus dafür, dass ihr hierher gekommen seid, um eure Sorgen und Bedenken gegen den Einzug der AfD in den Rat der Stadt Oberhausen deutlich zu machen.

Wir, das ist der Verein WIO - Willkommen in Oberhausen e.V. - haben gemeinsam mit der Initiative „Es reicht – Oberhausen solidarisch gegen Rechts“ zu dieser Kundgebung aufgerufen.

Der Einzug der AfD in den Rat der Stadt Oberhausen hat uns alle nicht nur erschüttert, sondern uns auch deutlich gemacht, dass es Zeit ist in Oberhausen hier und jetzt gegen diese menschenverachtende Partei aufzustehen. Was hätte die „Mutter der Bedrängten“- so wurde Luise Albertz wegen ihres großen sozialen Engagements genannt- gesagt und getan, wenn sie wüsste, dass in ihrer „guten Stube“ nun auch Vertreter dieser sogenannten Alternative für Deutschland sitzen. Sie würde an unserer Seite sein und mit uns gegen diese geistigen Brandstifter demonstrieren, deren Politik ein Spiel aus Tabubruch und Relativierung ist.

Überlassen wir diesen Leuten, die kein Problem mit dem Einsatz von Schusswaffen auf Geflüchtete haben, die Corona-Leugner-Demos für mutig und begrüßenswert halten, die Zuwanderer als Gesindel bezeichnen und sich zu einem „falsch verstandenen

Feminismus“ bekennen, was ein überkommenes Frauenbild beinhaltet, überlassen wir diesen weder Oberhausens Straßen und Plätze, noch die Arbeit im Rat der Stadt.

Wir fordern daher alle demokratischen Fraktionen im Rat der Stadt auf, jegliche Zusammenarbeit mit dieser Fraktion zu verweigern, denn wer als Partei durch Wahlen zwar demokratisch legitimiert ist, ist noch lange keine Partei von und für Demokraten. Wir rufen deshalb die demokratischen Fraktionen im Rat der Stadt Oberhausen, in den Bezirksvertretungen und Ausschüssen auf, gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, Beschlüsse im Konsens mit dieser Partei zu verhindern.

Wer die Prinzipien unseres demokratischen Miteinanders wie Freiheit, Gleichheit, Recht auf Asyl angreift, dem gebührt keine Neutralität, sondern nur Widerstand.

In einer Zeit, in der 75,5 Mill. Menschen dieser Erde auf der Flucht sind, in einer Zeit, in der seit 2014 mehr als 20.000 Menschen deshalb im Mittelmeer ertrunken sind, in einer Zeit, in denen Menschen unter menschenunwürdigsten Bedingungen in Zeltlagern zusammen gepfercht werden, da muss Solidarität der Kerngedanke unseres Handelns sein.

Geben wir, geben Sie als gewählte Vertreter demokratischer Parteien der AfD keinen Raum in unserer Stadt, damit Menschenfeindlichkeit niemals Normalität wird.

Refugees are welcome, die AfD ist es nicht!